Kunden für die Wärmewende

Ohne **Wärmewende** keine Energiewende. Doch die Kunden müssen bei der Transformation mitgenommen werden. Informationen würden schon einmal helfen, meinen Wissenschaftler. VON FRITZ WILHELM

Eine Studie der Beratungsgesellschaft Deloitte hat 87 Stadtwerke und Netzbetreiber zur Wärmewende befragt. Diese stellen zwar das grundsätzliche Ziel der Klimaneutralität nicht in Frage. Allerdings schätzen 62 Prozent der Unternehmen den für die Wärmewende angestrebten Zeitplan als nicht haltbar ein. Dennoch vermitteln die Versorger den Eindruck, dass sie die Wärmewende mit hoher Priorität angehen, gerade wenn man jetzt auf ihre Geschäftszahlen für das vergangene und die Ankündigungen für das laufende Jahr blickt.

Die Berliner Energie und Wärme (BEW) wird wie viele andere kommunale Unternehmen auch Milliarden in die Wärmewende investieren. Anlässlich des ersten Geschäftsberichts als Landesunternehmen nach der Übernahme des Fernwärmenetzes vom Voreigentümer Vattenfall bekräftigten die Verantwortlichen, bis 2030 mit 3,3 Milliarden Euro die klimaneutrale Wärmeerzeugung auszubauen.

Die Rekommunalisierung sichere die Grundlage für die Wärmeversorgung zu bezahlbaren Preisen für die Nutzer, sagte die Aufsichtsratsvorsitzende und Berliner Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD). Der Vorsitzende der BEW-Geschäftsführung Christian Feuerherd goss jedoch etwas Wasser in den Wein und erklärte, die Fernwärme werde nicht billiger werden. Allerdings versicherte er, der aktuelle Preis bleibe bis 2026 stabil.

Rekommunalisierung soll bezahlbare Preise sichern

Auch in Hannover ist die Wärmewende ein zentrales Thema der kommunalen Versorgeraktivitäten. Bis 2035 soll die Fernwärme klimaneutral sein und 50 Prozent des Wärmebedarfs der niedersächsischen Landeshauptstadt decken. Die neue Vorstandsvorsitzende Aurelie Alemany sei am 1. Juli 2024 mit dem Ziel angetreten, „die gute Position des Enercity-Konzerns bei der Wärme- und Energiewende weiter auszubauen, und möchte dies gemeinsam mit unseren Kund:innen sowie den Mitarbeiter:innen der Enercity AG erreichen“, heißt es im aktuellen Geschäftsbericht.

Eine dieser Kundinnen hat Enercity im Internet vorgestellt. „Ich mache es an und das warme Wasser ist sofort da“, lässt sie sich zitieren. Ihr Vermieter habe 2023 das Mehrfamilienhaus, in dem sie wohnt, an das Fernwärmenetz anschließen lassen. Deshalb müsse sie nun nicht mehr am aufgedrehten Hahn warten, bis die Gastherme das Wasser für Küche und Bad erhitzt habe. Eine „nicht unerhebliche Trinkwasserersparnis“, mehr Sicherheit, ein Beitrag zum Klimaschutz, entfallene Wartungskosten für die Gastherme und niedrigere Heizkosten sind die Vorteile, die sie aufzählt. Zusammen mit der neuen Dämmung des Hauses habe die Umstellung auf Fernwärme eine deutliche Kostenersparnis gebracht. Um 30 Euro sei der monatliche Abschlag nun geringer und Schornsteinfegergebühren fallen nun auch nicht mehr an.

Allerdings ist auch von einer „moderaten Mietanpassung“ die Rede, die der Vermieter im Zuge der Umbaumaßnahmen vorgenommen hat. Der monatlichen Ersparnis beim Abschlag stehen die Kosten der Heizungsmodernisierung gegenüber, die der Vermieter anteilig auf die Mietparteien umlegen darf, allerdings zu maximal 10 Prozent und 50 Cent pro Quadratmeter und Monat, wie Enercity im Internet erläutert.

Doch nicht alle Kunden sind der Wärmewende gegenüber aufgeschlossen oder blicken ihr gar mit Freude entgegen. In Hamburg müssen die Fernwärmekunden für Warmwasser und Heizung künftig fast ein Drittel mehr bezahlen, wie die Hamburger Energiewerke Mitte April angekündigt haben. Einer Beispielrechnung zufolge entspricht das bei einer 70-Quadratmeter-Wohnung und einem jährlichen Verbrauch von 7.500 kWh einem Zusatzbetrag von knapp 300 Euro pro Jahr. Ab dem 1. Mai erfolgt eine Preisanpassung für Neukunden. Die Bestandskunden sollen schrittweise ab dem 1. Juli 2026 mehr bezahlen. Der Versorger hat konkret einen Anstieg von 10,9 auf 14,2 Cent/kWh avisiert.

Begründet hat Vertriebsgeschäftsführer Michael Prinz die Erhöhung mit den Milliardeninvestitionen in die Wärmewende, genauer gesagt mit den rund 2,85 Milliarden Euro, die zwischen 2022 und 2028 eingesetzt werden, um die Wärmeerzeugung erst kohlefrei und dann bis spätestens 2045 auch klimaneutral zu machen.

Quelle: Shutterstock / peinofoto

In Mannheim regte sich Widerstand, nachdem die MVV im November 2024 angekündigt hatte, ihr Erdgasnetz spätestens 2035 abzuschalten – dies vor dem Hintergrund der baden-württembergischen Zielmarke für die Klimaneutralität des Landes im Jahr 2040. Von der Abschaltung in Mannheim sind rund 25.000 Haushalte betroffen.

MVV will Gasleitungen stilllegen

„Bevor in einer Straße die Gasleitung stillgelegt wird, erhalten Hauseigentümer mit einem Gashausanschluss rechtzeitig ein persönliches Anschreiben von uns. Sie werden genügend Zeit haben, sich um eine alternative Wärmelösung und eine entsprechende Förderung zu kümmern“, versichert der Versorger auf seiner Internetseite. Es stehe jedem frei, eine Heizungslösung nach eigener Präferenz zu wählen.

Allerdings sei die MVV bestrebt, ihre Kunden so zu informieren, dass sie für sich wirtschaftlich nachhaltige Entscheidungen treffen können. Deshalb folgt der Hinweis, dass die Nutzung von Erdgas in Zukunft durch einen höheren CO2-Preis und steigende Netzentgelte deutlich teurer wird. Auch mit höheren Kosten für das Gas selbst sei zu rechnen, erläutert das Unternehmen.

Dennoch hat sich eine Bürgerinitiative „Mannheim gibt Gas“ gegründet, die sich für eine „breite“ Palette an Wärmelösungen ausspricht – angesichts aller Unsicherheiten in der heutigen Zeit. Außerdem hätten nicht alle Haushalte die Möglichkeit, auf Fernwärme umzusteigen und müssten stattdessen in teure Wärmepumpen investieren. Nicht wenige hätten auch erst vor kurzer Zeit eine neue Gasheizung installieren lassen. Diese müsse sich erst einmal amortisieren.

Umfangreiche Informationen im Internet

Wer die Internetauftritte von Energieversorgern durchforstet, stößt schnell auf mehr oder weniger umfangreiche Informationen zur Energie- und Wärmewende. Dennoch, dies hat der Steinbeis Bürgerbeteiligungsreport 2025 ergeben, fühlen sich fast drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger schlecht über die lokale Wärmewende informiert. Was letztlich an Maßnahmen geplant ist, ist 58 Prozent der Befragten sogar überhaupt nicht bekannt. Aus dieser Unwissenheit heraus halten die Energiekunden insbesondere die Kosten für ein potenzielles Konfliktfeld.

„Die Bürger pochen deshalb vehement auf eine Beteiligung“, heißt es in einer Mitteilung des IKOME, das als „Institut für Kommunikation und Mediation Dr. Barth“ ein sogenanntes An-Institut der Steinbeis-Hochschule ist und seinen Hauptsitz in Leipzig hat.

Entsprechend ist 81 Prozent der Befragten eine Beteiligungsmöglichkeit bei der Umsetzung der Wärmewende in ihrem lokalen Umfeld eher wichtig oder sehr wichtig. Fast die Hälfte (48 Prozent) wollen bereits vor Beginn der Planungen in die Überlegungen zur Wärmewende eingebunden werden. Gerade die frühzeitige Information über den Ablauf und die Transparenz der Entscheidungsprozesse sei demnach aus Bürgersicht ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Beteiligung.

Ohne eine frühzeitige Information und Beteiligung der Bevölkerung bestehe die Gefahr, dass Konflikte eskalieren, mahnt Gernot Barth. Dann seien Proteste vorprogrammiert, so der Professor für Konfliktmanagement und Mediation an der Steinbeis-Hochschule und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Mediation.

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) hat sich ebenfalls des Themas „Partizipation“ angenommen und ist zu dem Schluss gekommen, dass Transparenz, Austausch und Information notwendig sind, um möglichst viele Akteure in die Wärmewende einzubinden und ihr zum Erfolg zu verhelfen. Das ISE bezieht sich dabei auf eine Studie des Öko-Instituts im Auftrag des Bundesumweltamts. Sie trägt den Titel „Sozio-technische und verhaltensbasierte Aspekte der Energieeffizienzsteigerung im Wärmesektor“ und betont die Verknüpfung der Energiewende mit gesellschaftlichen Strukturen. Daher braucht es den Wissenschaftlern zufolge die aktive Unterstützung und einen persönlichen Beitrag der Bevölkerung.

Social Contracting soll Belastungen besser verteilen

Vor diesem Hintergrund hat das Fraunhofer ISE das Handbuch „Gesellschaftliche Unterstützung für eine erfolgreiche Wärmewende“ herausgegeben, das Wege aufzeigen soll, Bürger in die Wärmeplanung und deren Umsetzung einzubinden. Mit der „Kundenreise“ wird darin ein Konzept vorgestellt, das kommunale Akteure, Eigentümer und Mieter auf dem Weg zur klimaneutralen Wärmeversorgung begleitet.

Wie weit die Kundenreise am Ende geht und wie sehr sich die Kunden auf die Transformation einlassen, wird – die Äußerungen der Bürgerinitiative in Mannheim und die Ergebnisse des Steinbeis Bürgerbeteiligungsreports zeigen es – am Ende davon abhängen, wie stark die Kunden finanziell belastet werden.

Der Energieeffizienzverband Deneff hat sich dieser Frage angenommen und kürzlich einen Ansatz vorgestellt, der zeigt, wie die Wärmewende beschleunigt werden kann und gleichzeitig einkommensschwache Haushalte entlastet werden können. Das Modell des Social Contracting (siehe auch Seite 7) zielt auf eine neue Rollenverteilung in der Wärmewende ab, die finanzielle Hürden für Eigentümer abbaut und die Kosten sozial verträglich auf Mietende verteilt. „Eine strategische Lösung, um die Wärmewende in Deutschland entscheidend voranzubringen“, betonte Deneff-Geschäftsführer Rüdiger Lohse. E&M

> „Ich mache es an und das warme Wasser ist sofort da“
>
> Kommentar einer Enercity-Kundin im Internet